

Aschot Manutscharjan

Insider berichten

Richard A. Clarke:
Against All Enemies. Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2004, 384 Seiten, 19,90 Euro.

Robert Baer: Die Saudi-Connection. Wie Amerika seine Seele verkaufte. C. Bertelsmann Verlag, München 2004, 287 Seiten, 17,90 Euro.

Bernard-Henri Lévy:
Wer hat Daniel Pearl ermordet? Der Tod eines Journalisten und die Verstrickungen des pakistanischen Geheimdienstes mit al-Qaida. Econ Verlag, München 2003, 442 Seiten, 24,00 Euro.

Seit dem 22. Juli 2004 ist es amtlich: Der Untersuchungsausschuss zur Vorgeschichte der Terroranschläge vom 11. September 2001 hat in seinem Abschlussbericht den US-Geheimdiensten „schwere systematische Unzulänglichkeiten“ attestiert. Außerdem hat er die

Dienste explizit dafür verantwortlich gemacht, dass die Terroristen Amerika überhaupt hatten angreifen können. In seinem fast 600 Seiten umfassenden Bericht hat der paritätisch besetzte zehnköpfige Kongressausschuss eine lange Liste von Versäumnissen und groben Fehleinschätzungen der Geheimdienste und Ministerien vorgelegt, die entscheidenden Einfluss auf die Sicherheitspolitik und den Anti-Terror-Kampf der Präsidenten Bill Clinton und George W. Bush hatten. Der 11. September war ein Schock, aber er hätte „nicht überraschend kommen dürfen“, schreiben die Abgeordneten in ihrem Bericht. Gleichzeitig hat der Ausschuss jedoch Präsident George W. Bush wie auch seinen Amtsvorgänger von Vorwürfen entlastet, die Terrorangriffe vom 11. September seien auf deren persönliche Fehler zurückzuführen. „Wir denken nicht, dass den Regierungsmitgliedern das Ausmaß der Bedrohung deutlich war“, denn vor den Angriffen

habe sich die nationale Sicherheitspolitik nicht primär im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus befunden.

Diese Einschätzung teilt Richard A. Clarke in seinem aufschlussreichen und sachlichen Insiderbericht. Sechs Monate vor dem Bericht der Untersuchungskommission veröffentlichte er seine Monografie, die heute zu Recht auf den Bestsellerlisten steht. Die Motive des langjährigen „Nationalen Koordinators für Sicherheit, Infrastrukturschutz und Antiterrorismus“ im Weißen Haus sind klar: Clarke will seine Handlungsweise vor den Bürgern seines Landes und vor der Geschichte rechtfertigen. Immerhin übte der überparteiliche Fachmann für nationale Sicherheitsfragen seine Funktion bereits unter den Präsidenten Reagan und Clinton aus; in der Ära Clinton sogar mit Kabinettsrang.

„Wir müssen warten, wem das Weiße Haus die Schuld in die Schuhe schiebt“, sagte Clarke bei der Präsentation der deut-

schen Ausgabe seines Buches im Juni 2004 in *3sat*. Gerade war sein Freund George Tenet, der langjährige CIA-Chef, zurückgetreten. Die beiden Männer verbindet die Erfahrung einer Niederlage, die sich als schicksalhaft herausstellen sollte: Ihnen war es nicht gelungen, Präsident Bush davon zu überzeugen, dass der islamistische Terror eine unmittelbare Gefahr für die nationale Sicherheit der USA darstellte. Clarke weist darauf hin, dass die Beraterin des Präsidenten für Nationale Sicherheit, Condoleezza Rice, nicht einmal von der Existenz Al-Kaidas wusste, als sie ihr Amt antrat. Und dass sie es verhindert hatte, dass der Präsident den Kampf gegen den islamistischen Terrorismus ganz oben auf seine Prioritätenliste setzte. Clarke geht noch weiter: Ohne falsche Rücksichtnahme wirft er Rice vor, die nationale Sicherheitspolitik nach wie vor aus dem Blickwinkel des Kalten Krieges zu betrachten.

Ein vernichtendes Urteil

Obwohl Geheimdienste und Sicherheitsbehörden unkoordiniert und schlampig arbeiteten, macht Clarke deutlich, dass sie regelmäßig auf die Gefahren des Terrorismus hingewiesen hät-

ten. Mit derselben Regelmäßigkeit habe die politische Führung diese Memoranden jedoch ignoriert. In diesem Zusammenhang betont Clarke die Abhängigkeit Präsident Bushs von einem kleinen Beraterkreis, dessen Einfluss nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Insgesamt fällt Clarke ein vernichtendes Urteil über die Mammutorganisationen FBI und CIA, in deren bürokratischem Apparat selbst wichtigste Informationen versickerten. Auch wenn die harte Kritik berechtigt ist, überrascht doch, dass er Freund Tenet gleichzeitig eine weiße Weste bescheinigt.

Dessen ungeachtet sind Clarkes Analysen in allen Punkten zutreffend. Rechtzeitig erkannte er die Bedrohung, die von Osama bin Laden und dem von ihm initiierten „Heiligen Krieg“ ausging. Deshalb hatte er bereits seit dem Frühjahr 2001 auf die Kooperation mit der Nordallianz in Afghanistan gesetzt und deren charismatischen Führer Achmed Schah Massud positiv beurteilt. Er bemerkt nicht, dass sich seine früheren Arbeitgeber im Weißen Haus längst einem anderen Spielfeld zugewendet hatten: In seinem Bericht beschuldigt Clarke die politische Führung in Washington, Fakten mani-

puliert zu haben, um einen Vorwand für die Rechtfertigung des Irakkrieges zu haben. Nicht zuletzt deshalb widmete der frühere Regierungsberater seinen Bericht den Opfern der Terroranschläge vom 11. September und allen, die versucht hatten, die Angriffe zu verhindern. Dazu gehört auch John O'Neill. Als Leiter des Sicherheitsdienstes im World Trade Center wurde auch er am 11. September von den Terroristen getötet. John O'Neill ist für Richard A. Clarke eine Legende, ein Beispiel für Zivilcourage, die er selbst zu spät zeigte.

Erst im März 2003 trat der „Koordinator“ von seinem Amt zurück. Was hatte ihn daran gehindert, mit seinem Wissen und seinen Analysen früher an die Öffentlichkeit zu gehen? Schließlich war er zutiefst davon überzeugt, dass der islamistische Terrorismus bekämpft werden müsse und dass Saddam Hussein nicht hinter den Anschlägen vom 11. September steckte. Was hinderte ihn daran, sich an Senat und Kongress zu wenden und dort zu berichten, dass weder Beweise für eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und Osama bin Laden existierten noch für ein ABC-Waffen-Programm im Irak? Vielleicht hätten in diesem Fall Senat und

Kongress den Irak-Krieg nicht einstimmig genehmigt oder zumindest eine ernsthafte politische Debatte über die Risiken geführt. Immerhin haben nach der Veröffentlichung des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses – im Juli 2004 – zahlreiche Abgeordnete, Republikaner wie Demokraten, zugegeben, dass sie über keine anderen Informationen als die der Bush-Administration verfügt hätten.

Verdrängung von Tatsachen

Die bei Clarke fehlende Zivilcourage hatte sein Freund, FBI Agent John O'Neill, gezeigt. Als Verantwortlicher für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus hatte er einen Monat vor dem 11. September seinen Dienst quittiert. Er war regelrecht aus dem FBI hinausgedrängt worden, wie Clarke schreibt, weil seine Ermittlungen der Bush-Administration nicht ins Konzept passten. Schon seine Ermittlungen gegen die Drahtzieher des ersten Terroranschlags auf das World Trade Center 1993 hatte das offizielle Washington behindert. O'Neill wollte einfach nicht totschweigen, dass die Spuren der Täter nach Saudi-Arabien führten; Tatsachen also, die State Departement und CIA

nicht hören wollten. Um die Beziehungen der USA zu Riad nicht zu gefährden, wurden Ermittlungen in diese Richtung also gar nicht erst genehmigt.

Die Gründe dafür hat Robert Baer schon in seinem ersten sensationellen Enthüllungsbuch *Nieder-gang der CIA* (Bertelsmann 2002) aufgeführt. Baer ist genau wie Clarke ein „Insider“: Er hat als langjähriger Resident der CIA in verschiedenen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens – unter anderem im Libanon, in Tadschikistan und im Nord-Irak – die Entwicklung vor Ort beobachtet. Dabei hat er frühzeitig die Entstehung des „Heiligen Krieges“ gegen die USA und den Westen bemerkt. In seinem neuen, hervorragenden Buch *Die Saudi-Connection* legt Baer jetzt nach: Den US-Regierungen wirft er vor, seit Jahrzehnten auf einem Auge blind gewesen zu sein. Wegen der enormen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen in Saudi-Arabien habe Washington nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass der ölreichste Staat der Erde, ein enger Verbündeter Amerikas, gleichzeitig den islamischen Fundamentalismus nicht nur propagandistisch unterstützte, sondern ihn auch mitfinanzierte. Dabei ging es nicht nur um die weltweite Finan-

zierung des Baus von Moscheen, um so den wahabitischen Islam zu verbreiten, sondern auch um die Unterstützung terroristischer Gruppen. Die unge-schönte Bilanz des Buches von Robert Baer lautet denn auch: „Die Saudis förderten den Terrorismus auf direktem Wege“ (Seite 204).

Eine Charakterstudie

Nicht nur Saudi-Arabien hat im Verborgenen die international agierende Al-Kaida-Bewegung gefördert. Über die Verstrickungen Pakistans, insbesondere die engen Beziehungen des pakistanischen Geheimdienstes zu Osama bin Ladens Gruppe, berichtet ausführlich der französische Philosoph und Publizist Bernard-Henri Lévy. Ein Jahr lang folgte er den Spuren der Mörder des US-Journalisten Daniel Pearl, der im Januar 2002 von Terroristen in Pakistan entführt worden war. Vor laufender Videokamera wurde er geköpft. „Ich bin ein Jude“, musste er vorher noch in die Kamera sagen. Die Leiche wurde in zehn Teile zerstückelt. Sein Mörder kam aus Großbritannien. Der Autor zeigt, wie der Absolvent einer englischen Schule, später Student einer renommierten Universität in Großbritannien, von einem vermeintlich

integrierten Moslem zu einem Terroristen mutiert. Vor allem wegen dieser Charakter-Studie gehört Lévy's Recherche zu den besten Veröffentlichungen der „Terrorismus-Literatur“, da hier exemplarisch der Wandel und die Motivation eines Akademikers aus wohlhabender Familie, der nicht aus einem „armen, islamischen Land“ stammt, zum „Heiligen Krieger“ dargestellt wird. Damit steht dieser Akademiker-Terrorist zu-

gleich am Beginn der medienwirksamen Welle von Hinrichtungen via Video und TV, die später im Irak zur täglichen Praxis der Terroristen werden sollte.

Robert Baer und Bernard-Henri Lévy beweisen, dass die Tragödie vom 11. September nur die Spitze des Eisberges war. Denn in seinem nicht sichtbaren Teil verbirgt sich die unglaubliche Macht des islamischen Fundamentalismus, den Saudi-Arabien und die

Atommacht Pakistan geschickt zu instrumentalisieren wissen. Mit Blick auf diese beiden strategischen Verbündeten der USA hatte auch Richard Clarke eine politisch-strategische Neuausrichtung gefordert. Seine Einschätzung wurde von der US-Führung jedoch nicht geteilt. Das gilt im Übrigen nicht nur für Präsident George W. Bush, sondern auch für seinen Amtsvorgänger Bill Clinton.

Kein Sozialdemokrat

Lüpertz: *„Ich bin gegen die Allmacht des Staates. Ich bin ein Kind der von mir so geliebten Bundesrepublik, ein Nierentischkind. Ich habe in den fünfziger Jahren den Staat nicht kennen gelernt. Politik war etwas Fremdes. Die Polizei tauchte mal auf; dann war das schon eine Katastrophe. In der Familie, im Alltag spielten Politik, Politiker, Zurechtweisungen von der Politik, Verbote – das Anschnallen im Auto, kein Handy beim Autofahren – keine Rolle. Das Thema hat sich verschärft: Der Staat wird immer selbstverständlicher. Die Familien haben ihre Versorgung an den Staat abgegeben. Die Wirtschaft gibt die Versorgung der Arbeitslosen an den Staat ab. Es gibt eine Art von Selbstverantwortung, die meiner Meinung nach nicht wahrgenommen wird.“*

Glutz: *„Aber was folgt aus Ihrer Sehnsucht nach den fünfziger Jahren?“*

Lüpertz: *„Es gibt kein Zurück. Ich finde, es sind andere Ideologien denkbar als immer nur der staatliche Zugriff. Es muss doch möglich sein, dass sich die Gesellschaft in bestimmten Dingen selbst organisiert. Es kann doch nicht sein, dass der Staat permanent die Familie, das Land, die Wirtschaft reglementiert.“*

Glutz: *„Also, Sie wollen mehr Selbstverantwortung?“*

Lüpertz: *„Und mehr Risiko. Ich glaube, dass der Staat für die Lösung vieler Aufgaben ungeeignet ist, weil er sich zu sehr auf das Spiel von Geld, von Reich und Arm, den Reichen nehmen, den Armen geben, einlassen muss und sich ständig Dinge einfallen lässt, um die Belastungen zu erhöhen. Wenn man 56 Prozent Steuern zahlt, dann ist das Wucher. Es ist bis jetzt noch keinem etwas anderes eingefallen, als immer nur etwas zu erhöhen und zu verschärfen. Es geht ja nicht darum, dass man nicht bereit ist, etwas zu bezahlen. Man ist ja bereit, permanent zu zahlen. Es geht einfach darum, dass Erfolg mittlerweile eine Art von Fluch geworden ist.“*

SPIEGEL: *„Mit Verlaub: Das ist nicht gerade eine sozialdemokratische Position, die Sie da vertreten.“*

Lüpertz: *„Ich bin kein Sozialdemokrat.“*

Glutz: *„Er ist ein Freund von Schröder.“*

Lüpertz: *„Das ist etwas ganz anderes.“*

Markus Lüpertz und Peter Glutz im SPIEGEL-Gespräch; *Der Spiegel* vom 2. August 2004.